

Glaube im atheistischen System

Zur vierten Vollversammlung der Pastoralynode in der DDR

Die Pastoralynode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR kam vom 7. bis 10. November in der Hofkirche zu Dresden zu ihrer vierten Vollversammlung zusammen. Auf der Tagesordnung standen: die jeweils zweiten Lesungen der Vorlagen „Glaube heute“ und „Vorbereitung auf die Ehe“ sowie die erste Lesung der Vorlage „Dienste und Ordnungen im Leben der Gemeinde“. Herausgelöst aus der Vorlage „Dienste und Ordnungen im Leben der Gemeinde“ wurde von der zuständigen Fachkommission eine Erarbeitung zum Thema „Leben und Dienst der Orden und anderer geistlicher Gemeinschaften“.

Als Beobachter nahmen an der Pastoralynode teil Vertreter des Mitteleuropäischen Exarchats des Moskauer Patriarchats, des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen. Gäste waren anwesend aus Belgien (u. a. der Weihbischof von Namur, *Jean-Baptiste Musty*), aus Österreich (u. a. der Erzbischof von Salzburg, *Karl Berg*), aus der Schweiz (u. a. der Bischof von St. Gallen, *Josef Hasler*), aus der Bundesrepublik, aus den Niederlanden, aus Polen und aus Ungarn. Die Jugoslawische Bischofskonferenz sandte ein Grußtelegramm.

Ringens um christliche Nachfolge

Eröffnet wurde die Pastoralynode mit einer Eucharistiefeier in der Hofkirche, bei der der zwei Tage nach Ende der vierten Vollversammlung verstorbene Weihbischof und Bischofsvikar von Meiningen, *Karl Ebert*, die Predigt hielt. In seinen Worten klang einiges von dem an, was bei den Beratungen der Synodale vor allem bei der Vorlage „Glaube heute“ noch deutlicher werden sollte: die Frage, wie in einer sozialistischen Gesellschaft Christsein möglich ist und welche Konsequenzen sich für den einzelnen aus diesem Christsein ergeben. Es gehe, so Ebert, nicht nur darum, die Augen zu öffnen für die vielfältigen Aufgaben, „die Fragen, die Probleme unserer Zeit, mit denen wir konfrontiert werden und darauf irgendwelche Antworten suchen“, es gehe vielmehr darum, die Antwort Christi zu finden, die Lösung aus seinem Leben und seinem Tun. Christus sei nicht in die Welt gekommen, „um Allerweltsworte zu reden von Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und einer neuen sozialen Ordnung“, sondern um die Welt und den Menschen von Grund auf zu heilen und mit Gott zu versöhnen.

Kardinal *Bensch* hatte vor der Synodensitzung in seiner Predigt im Bamberger Dom aus Anlaß des 850. Jubiläums der Pommernmission des hl. Bischofs Otto von Bamberg am 1. November ebenfalls diesen Gedanken aufgegriffen. Und es hat einen ganz realen Hintergrund, wenn die Bischöfe in der DDR dies so deutlich sagen: ein Bekenntnis etwa zu den Menschenrechten oder zu der Würde des Menschen und der Unantastbarkeit seiner Person reicht nicht aus, um sich von der Terminologie des sozialistischen Systems abzusetzen. Diese Begriffe werden dort ebenso verwendet — freilich in einem ganz anderen Sinne. So werden die Bischöfe in der DDR nicht müde, immer wieder den Bezug des Menschen zu Gott anzusprechen, um so eine deutliche Unterscheidung zu der auch vom System geforderten sozialen Gerechtigkeit und der Verwirklichung der Menschenrechte zu geben. Kardinal Bensch sagte in seiner Predigt auf diesem Hintergrund: „Der Mensch, der neue Mensch, das absolut gültige Bild, ist Jesus Christus in seiner Hingabe an den Vater, in seiner Übereignung an ihn und darin an die Brüder und Schwestern.“ Kardinal Bensch sprach sich in der Synodenaula auch dagegen aus, den Glauben als einen Prozeß hinzustellen, es handle sich vielmehr um einen geschlossenen Akt der Übereignung an Gott.

Weihbischof Ebert formuliert es in der Dresdner Hofkirche so: „Nicht guter Wille des Menschen, nicht seine Einsicht in die gesellschaftlichen und politischen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten schafft die Versöhnung, sondern allein die Annahme der Liebe Gottes, der uns durch seinen Sohn mit sich versöhnt hat, da wir noch seine Feinde sind.“ Ebert sprach von dem Kreuz, das zu tragen sei, „wenn wir die oft vom Geist dieser Welt infizierte eigene Meinung zurückstellen und offen sind für die Weisung der Kirche, der der Geist Christi verheißen ist“.

Die Vorlage „*Glaube heute*“ spiegelt in ganz besonderem Maße die Situation der Kirche in der DDR wider. Es handelt sich zwar um die zweite Lesung, aber dennoch wurden noch einmal einige der grundsätzlichen Fragen angesprochen. Einer der Synodalen monierte, daß in dem vorliegenden Text — entgegen früheren Fassungen — der Glaube nicht mehr als eine „verwandelnde“, sondern nur noch als eine „durchtragende“ Kraft bezeichnet werde. Zwar wurde der Wegfall des „verwandelnde“ mit einem nicht beabsichtigten Fehler bei der Niederschrift dieser Vorlage begründet, aber die Kritiker überzeugte dies nicht. Und das vor allem aus folgendem Grund: etwas

vereinfacht dargestellt, stehen sich in der katholischen Kirche der DDR folgende beide Ansichten gegenüber: einmal geht es darum, daß die Kirche versuchen soll, im Sozialismus zu „überwintern“. Das heißt, die Kirche soll auf einen deutlichen ideologischen Konfrontationskurs mit dem atheistischen Sozialismus gehen, damit sie in dieser Auseinandersetzung nicht von dem System ausgehöhlt und aufgesogen wird. Auf der anderen Seite wird die Ansicht vertreten, die Katholiken müßten versuchen auch innerhalb des sozialistischen Systems den Glauben zu leben, um so das System zu „durchdringen“ und zu „verwandeln“. Diese Richtung vertreten vor allem Anhänger der jüngeren Generation, während die größere Gruppe und mit ihnen auch die Bischöfe offenbar eher der „Überwinterungstheorie“ zuneigen. Es scheint verständlich, wenn vor allem jüngere Menschen nach einem Weg suchen, wie sie als Christen in dem sozialistischen System leben können, ohne ihren Glauben aufzugeben.

Glaube und Ehefragen

Die Vorlage selbst nimmt eine *deutliche Abgrenzung* vor: „Wir leben in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die atheistisch geprägt ist. Der weltanschauliche Materialismus bestimmt das öffentliche gesellschaftliche Leben. Das Wesen des Christentums, Formen christlichen Lebens und kirchengeschichtliche Ereignisse werden nicht richtig oder einseitig dargestellt. Viele Glieder unserer Gemeinden, besonders junge Menschen, stehen oft in Entscheidungssituationen, die sie bedrängen und belasten. Die einen wachsen daran im Glauben, die anderen fügen sich dem Mehrheitsdruck und geben die Bindung an die Kirche auf. Viele aber fragen sich in ihrem Gewissen, wie sie als Christen in bestimmten Berufen und Bereichen leben und wirken können.“

Eine deutliche Absage an den Absolutheitsanspruch des dialektischen Materialismus brachte die Vorlage in dem Abschnitt „Glaube als Entscheidung“: „Auch nichtchristliche und atheistische Weltanschauungen ergeben sich keineswegs notwendig aus den Ergebnissen der Wissenschaft, sondern beruhen auf Entscheidungen, die wissenschaftliche Erkenntnisse deuten oder diesen vorausgehen. Wissenschaft weiß um das Unvollkommene auch richtiger Erkenntnis.“ Zu der besonderen Situation der Kirche im sozialistischen System kommt die Diasporasituation hinzu. Die 1 283 066 Katholiken (Stand 1. 10. 74) in der DDR sind eine deutliche Minderheit. Die Pastorsynode sieht darin auch eine Chance: „Die katholische Kirche in der DDR ist eine Diasporakirche. Wir sind eine kleine Herde, deren Reichtum es ist, trotz ihrer Unvollkommenheit und Sündhaftigkeit Keimzelle der Einheit, der Hoffnung und des Heiles zu sein. Auf die Last und die Chancen des Christseins in der Diaspora sind unsere Gemeinden nicht genügend vorbereitet.“ Die Christen in der DDR sehen angesichts ihrer schwierigen Lage viel deutlicher als vielleicht die Christen in der Bundesrepublik den Glauben als Hoff-

nung: „Wir sehen heute mehr als früher die Hoffnung, die uns in Christus gegeben ist. Wir glauben daran, daß Gott der Menschheit eine Zukunft schenkt, die über alles hinausgeht, was menschliche Bemühungen und die Möglichkeiten unserer Welt erhoffen lassen.“

Wie stark diese Vorlage „Glaube heute“ nach der ersten Lesung auch in den Gemeinden diskutiert wurde, zeigt sich daran, daß 177 Vorschläge bei der zuständigen Fachkommission eingingen, davon allein 68 von Gruppen. Weit mehr Äußerungen aus den Gemeinden gab es allerdings zu der Vorlage „*Vorbereitung auf die Ehe*“. Von den 364 Vorschlägen entfielen allein 290 auf einzelne Gruppen, ein Beweis dafür, wie intensiv an der Basis diskutiert wird. Auch bei dieser Vorlage bestand in der zweiten Lesung kaum noch die Möglichkeit, wesentliche Aussagen zu ändern. Oft drehte sich die Diskussion um Formulierungen. Deutlich wurde, daß es den Synodalen in erster Linie um eine pastorale Aussage geht. So wurde denn auch die Diskussion darüber, ob es lediglich pastorale Empfehlungen zur Ehevorbereitung geben solle oder aber verbindliche Anweisungen, mit der Entscheidung für die Anweisungen beendet. In dem Bericht zur Vorlage war schon darauf hingewiesen worden, daß dieses Papier „nicht die gesamte kirchliche Ehelehre darlegen kann, vielmehr sie voraussetzt“.

Eine ausführliche Diskussion gab es zum Thema „*vor-ehehliche Intimbeziehungen*“. In der Vorlage hieß es: „Deshalb sind Intimbeziehungen vor der Ehe vom christlichen Ideal her nicht zu bejahen.“ Ein Änderungsantrag sah folgende Formulierung vor: „Deshalb sind Intimbeziehungen vor der Ehe vom christlichen Gewissen her abzulehnen.“ Mit deutlicher Mehrheit entschieden sich die Synodalen schließlich für folgende Fassung: „Deshalb entsprechen Intimbeziehungen vor der Ehe nicht dem vollen Sinngehalt menschlicher Sexualität und dienen nicht der Hinführung zur Ehe.“

Amt und Dienst in der Gemeinde

Abschließend wurde die Vorlage „Dienste und ihre Ordnungen im Leben der Gemeinde“ in erster Lesung beraten. Hier — wie auch schon bei der Vorlage „*Vorbereitung auf die Ehe*“ — zeigte sich sehr deutlich, daß trotz der unterschiedlichen Situation die Probleme in der DDR und in der Bundesrepublik weitgehend identisch sind.

Die Vorlage gliedert sich in drei Kapitel. Das 1. Kapitel zeigt als theologischen Ansatzpunkt den *Dienst Jesu* auf. Um diesen Dienst weiterführen zu können, ist der Kirche das Apostelamt eingestiftet, dem alle anderen Dienste zugeordnet sind. Die Leitsätze handeln vom rechten Zusammenwirken dieser Dienste. Im 2. Kapitel wird zunächst der unverzichtbare *Dienst der Laien*, der durch das allgemeine Priestertum begründet ist, behandelt. Danach wird als Schwerpunkt des priesterlichen Dienstes seine

Verantwortung für die Einheit der Gemeinde hervorgehoben, wird der in Zukunft immer wichtigere Dienst des ständigen Diakons (zur Zeit gibt es in der DDR 9 geweihte Diakone und 25 Bewerber) und der besondere Leitungsdienst von Priestern und Laien in Dekanat und Diözese dargestellt. Das 3. Kapitel gilt der Einordnung der Gemeinde und der interdiözesanen Zusammenarbeit.

Die Diskussion hat deutlich gemacht, daß diese Vorlage bis zur zweiten Lesung noch viele Änderungen erfahren wird. Kritik gab es daran, daß die Beteiligung des Laien an der *Gemeindeleitung* nicht deutlich genug formuliert worden sei. Auch wurde gefordert, die Stellung der hauptamtlichen Mitarbeiter in der Gemeinde klarer zu umreißen. Bei der Diskussion um den priesterlichen Dienst an der Einheit entfachte sich eine Aussprache über das Priesterbild und über die Förderung geistlicher Berufe, die nicht ganz frei war von Gereiztheiten. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, ein eigenes Papier zu „Aktuellen Fragen priesterlicher Existenz“ zu erstellen. Ebenso entschied sich die Synode dafür, eine Rahmenordnung für bestehende Räte zu erstellen und die Dienste unter dem Gesichtspunkt des Zusammenwirkens zu behandeln.

Das Thema „*ausgeschiedene Priester*“ machte deutlich, daß auch in der DDR die Bandbreite der unterschiedlichen Meinungen groß ist. Eine Synodalin wies darauf hin, daß es für die Gemeindeglieder schwer verständlich sei, wenn ein ausgeschiedener Priester nach seiner Laisierung wieder zu den Sakramenten zugelassen werde, während ein in der gleichen Gemeinde lebender schuldlos geschiedener und wiederverheirateter Mann ausgeschlossen bleibe. In diesem Zusammenhang wies ein Synodaler darauf hin, daß man durchaus eine Parallele zwischen dem Eheversprechen und dem Zölibatsversprechen ziehen könne. Nur

dürfe man die Lösung dieses Versprechens nicht unterschiedlich behandeln. In der Vorlage hieß es zunächst: „Wenn ein Priester aus seinem Dienst ausscheidet, sollte dieser Schritt aber als seine Gewissensentscheidung von allen geachtet werden.“ Da diese Formulierung vielen Synodalen aber zu weit ging, wurde folgender Text beschlossen: „Wenn ein Priester aus seinem Dienst ausscheidet, soll seine Entscheidung respektiert werden.“

Fragen offen ausgesprochen

In seiner Predigt beim Schlußgottesdienst wies der Bischof und Apostolische Administrator in Erfurt, *Hugo Aufderbeck*, darauf hin, daß es die Last des Christseins, des Priesterseins und des Bischofseins nicht erst seit heute gebe. Auch der heilige Paulus habe dies schon erlebt. Das Christsein mache manchmal einen angestregten, ängstlichen, pessimistischen und wenig frohen Eindruck. Er stellte dann die rhetorischen Fragen: „Liegt es daran, daß wir die Schwachheit und Ohnmacht der kleinen Herde gegenüber der Übermacht eines Weltanschauungssystems zwar deutlich sehen, aber die Macht und die Liebe Gottes übersehen? Liegt es daran, daß wir meinen, *wir* müßten eine heile Welt und eine heilige Kirche schaffen, so daß wir vor lauter Aktionen den Krampf in die Hände bekommen? Liegt es daran, daß wir der marxistischen Prognose Glauben schenken, daß nämlich Religion wegmodert, daß wir die letzten der Mohikaner seien und es um 2000 nur noch Restbestände religiöser Gruppen gebe? Liegt es daran, daß wir in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung atheistischer Prägung leben, was besonders junge Christen bedrängt und belastet?“

Kongresse

Die Welternährungskonferenz 1974

Lage — Probleme — Lösungen

Vom 5.—16. November 1974 fand in Rom die von den Vereinten Nationen veranstaltete Welternährungskonferenz statt. Sie war — nach der Konferenz über „Rohstoffe und Entwicklung“ in New York/U.S.A. (April), der Seerechtskonferenz im Juni in Carracas/Venezuela, der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest/Rumänien (August) — die vierte der „großen“ Veranstaltungen in diesem Jahre. Der nachfolgende Bericht von Prof. Theodor Dams,

Universität Freiburg, der als wissenschaftlicher Beobachter an der Konferenz in Rom teilnahm, analysiert die Konferenzergebnisse, ihren politischen Hintergrund und ihre langfristigen Wirkungschancen.

Das 2. Entwicklungsjahrzehnt (1970/80) scheint bisher mehr unverbindliche Postulate auf großen Konferenzen gebracht zu haben als greifbare Ergebnisse politischer Ent-